

## Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2011

# Hochschulabschluss in Deutschland und Frankreich: noch immer die Eintrittskarte in die Mittelschicht?

von Norman Hass und Solène Hazouard

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Mittelschicht sowohl in Deutschland als auch in Frankreich einen tiefgreifenden Wandel erlebt. Bei der Vergabe der Jobs, die soziale Anerkennung und finanzielle Sicherheit versprochen, spielte der Hochschulabschluss traditionell eine Schlüsselrolle. Glaubt man jedoch aktuellen Debatten in Medien und Wissenschaft beiderseits des Rheins, erleichtert der Abschluss zwar immer noch den Eintritt in die Mittelschicht, garantiert ihn aber längst nicht mehr. Zu groß sei die Kluft zwischen dem Hochschulabschluss und dem Bedarf am Arbeitsmarkt. Die Folge ist ein weit verbreitetes Gefühl, der Hochschulabschluss habe an Wert eingebüßt. Ein entscheidender Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich sei jedoch vorweggenommen: Anders als in Frankreich, wo der Hochschulabschluss das gesamte Berufsleben vorbestimmt, zählen in Deutschland in stärkerem Maße Praxiserfahrung und berufliche Weiterbildung.

### Die gefühlte Entwertung der Hochschulabschlüsse

Die Angst vor dem Abstieg der Mittelschicht wurde in Deutschland in den letzten Jahren von einer Mediendebatte befeuert. Spätestens mit der Veröffentlichung des Artikels „Generation Praktikum“ in der *Zeit* im Jahr 2005 entstand bei vielen Menschen das Gefühl, der Hochschulabschluss hätte seine Funktion als Türöffner auf dem Arbeitsmarkt verloren. Stattdessen würde eine wachsende Zahl von Uni-Abgängern ein Praktikum nach dem anderen absolvieren und dabei häufig die gleiche Arbeit wie festangestellte Mitarbeiter leisten, ohne das gleiche Geld dafür zu verdienen.

In Frankreich ist es vor allem der Wunsch nach einem Prestige und Sicherheit versprechenden Führungsposten als „Cadre“ (eine französische Besonderheit), die viele Eltern und deren Kinder umtreibt. Das kann kaum erstaunen, wenn man bedenkt, dass bis zum Ende der 1960er Jahre 70 Prozent der Abiturienten, die insgesamt nur 10 Prozent eines Jahrgangs ausmachten, einen dieser Posten erhielten, bzw. eine Stelle als Fachkraft fanden (*profession intermédiaire*), während dies heute nur noch 22 Prozent gelingt und zugleich der Anteil der

Abiturienten auf zwei Drittel eines Jahrgangs angewachsen ist. Mit der Schaffung eines praxis- bzw. berufsorientierten Abiturs in Frankreich (*bac professionnel et technologique*), das im Gegensatz zu Deutschland einen direkten Berufseinstieg ermöglicht, wird der Vergleich des deutschen und des französischen Abiturs schwierig.

Im Jahre 2007 hat die Studie *Generation Praktikum – Mythos oder Massenphänomen?* von Kolja Briedis und Karl-Heinz Minks zahlreiche Befürchtungen relativiert. Als völlig haltlos kann die Mediendebatte damit dennoch nicht abgetan werden. Denn die Statistiken zeigen auch, dass sich die Situation der Hochschulabgänger je nach Studienfach und Region erheblich unterscheidet. So absolviert beispielsweise jeder vierte Linguist oder Kulturwissenschaftler noch immer ein bzw. sogar mehrere Praktika nach dem Studium. Nicht zu leugnen ist auch, dass der Anteil der Hochschulabsolventen ohne Stelle beispielsweise in Berlin besonders hoch ist. Wenn auch längst nicht repräsentativ für ganz Deutschland, so hat die Situation in der Bundeshauptstadt, die junge, gut ausgebildete Menschen trotz der schlechten Arbeitsmarktsituation anzieht, lange Zeit die Debatte in den Medien bestimmt.

Wie in Deutschland ging die Tendenz zur Höherqualifizierung auch in Frankreich einher mit einem Strukturwandel der Beschäftigung zugunsten der höher Qualifizierten. Bei zahlreichen Stellenprofilen ist im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte eine Ausweitung des spezifischen Aufgabenspektrums zu verzeichnen. Das hat oftmals zur Folge, dass Arbeitgeber für einen vergleichbaren Posten heute Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss als früher einstellen. Für den Arbeitnehmer bedeutet dies jedoch nicht zwangsläufig auch ein Mehr an Gehalt und Verantwortung. Zahlreiche junge Berufseinsteiger bringt die Angst vor der Arbeitslosigkeit in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession dazu, Stellen anzunehmen, für die sie überqualifiziert sind, bzw. sich um Laufbahnen im öffentlichen Dienst zu bewerben, für die ein niedrigerer Abschluss ausreichen würde. Dennoch stellt der Soziologe Camille Peugny klar: „Es ist durchaus möglich, seine berufliche Laufbahn auf einer Karrierestufe unterhalb seines Bildungsabschlusses zu beginnen, diese Diskrepanz mit der Zeit aber wieder auszugleichen. Die Erfolgsaussichten dafür sind umso größer, je höher der ursprüngliche Bildungsabschluss ist.“<sup>1</sup>

Viele Analysten zeigen sich ähnlich optimistisch in Bezug auf die Berufsaussichten junger Hochschulabsolventen. Nach einer aktuellen Studie des Roman Herzog Instituts für die Bundesrepublik ist die Lage der Hochschulabsolventen und insbesondere derer mit einem Master-, oder Diplomabschluss wesentlich besser als für junge Menschen ohne einen vergleichbaren Abschluss, vor allem auch in Bezug auf die Bezahlung. In Frankreich zeigt sich dieser Unterschied in gleicher Weise. So konstatiert auch das Forschungszentrum für Berufsqualifikationen (Céreq) eine höhere

---

<sup>1</sup> Laurent Jeanneau, Thierry Pech Une génération en crise ? (Interview von Guillaume Allègre und Camille Peugny), *Alternatives économiques*, März 2011, Nr. 300, Seite 62.

Beschäftigungsquote für Hochschulabsolventen. Demnach hätten im Jahr 2007 80 Prozent von ihnen drei Jahre nach erfolgreichem Abschluss ihres Studiums eine Stelle als „Cadre“ oder als Fachkraft gefunden. Schwieriger gestaltet sich die Situation für Schulabgänger ohne Abschluss, deren Zahl sich in Frankreich jährlich auf etwa 130 000 beläuft, während in Deutschland ca. 65 000 Jugendlichen das Schulsystem ohne den Mindestabschluss (Hauptschule) verlassen. Ihr Anteil (18 Prozent in Frankreich gegenüber 7,5 Prozent in Deutschland) ist über die letzten 20 Jahre relativ stabil geblieben nach einem starken Rückgang im Zeitraum davor. Wenn es ihnen überhaupt gelingt, der Arbeitslosigkeit zu entkommen, sind sie – insbesondere in Krisenzeiten – häufig gezwungen, prekäre oder befristete Beschäftigungsverhältnisse anzunehmen.

### **Verbesserungsmöglichkeiten im höheren Bildungswesen**

Auch wenn der Hochschulabschluss also keinen garantierten Zugang zur Mittelschicht mehr darstellt, so schützt er doch weiterhin in hohem Maße vor Arbeitslosigkeit und zahlt sich sowohl in Frankreich also auch in Deutschland finanziell aus. Somit kann ein breiter Zugang zu den entsprechenden Bildungseinrichtungen als Maßnahme zur Stärkung der Mittelschicht verstanden werden. Eine Analyse ergibt für beide Länder noch Handlungsbedarf, zeigt aber auch, dass bereits wesentliche Schritte getan wurden. Der Vergleich der beiden Hochschulsysteme ist auch hier schwierig. Während wir in Frankreich ein hierarchisch gegliedertes Hochschulsystem aus „Grandes Ecoles“, die künftige Führungskräfte in Wirtschaft und Verwaltung ausbilden, prestigereichen, weil spezialisierten Universitäten und schließlich klassisch akademisch ausgerichteten Universitäten finden, verläuft die Grenze in Deutschland eher zwischen den forschungsorientierten Universitäten und den praxisorientierten Fachhochschulen, wobei dieser Unterschied mit zunehmender beruflicher Erfahrung der Absolventen an Bedeutung verliert.

In Frankreich liegt der Anteil der Hochschulabgänger bei immerhin 43 Prozent der 25-34-Jährigen. In Deutschland liegt der Prozentsatz bei lediglich 26 Prozent bei einem OECD-Durchschnitt von 37 Prozent. Dennoch raten Soziologen und Wirtschaftsfachleute zu einer verbesserten Ausbildungsunterstützung für junge Menschen in Frankreich, um die weitere Reproduktion sozialer Ungleichheiten zu verhindern. Zudem könnte eine gezieltere Ausrichtung des Bildungssystems auf die Anforderungen der Unternehmen die Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt erleichtern. Außer bei den bereits erwähnten „Grandes Ecoles“, den IUT (zweijährige schulisch organisierte Berufsausbildung) und einigen berufsorientierten Gymnasien (*Lycée*) ist die Ausbildung häufig sehr praxisfern. Ein Uni-Absolvent wird in der Hälfte aller Fälle einen Job ausüben, der keinen Bezug zu seiner Ausbildung hat. Zugleich stellen die genannten Forderungen jedoch die originäre Aufgabe der Universitäten infrage, Wissen zu erzeugen und weiterzugeben, und zwar unabhängig von dessen Verwertungsinteressen.

In Deutschland wurde, um den steigenden Studentenzahlen gerecht zu werden, der „Hochschulpakt 2020“ ins Leben gerufen. Zudem fördern die Anhebung des Bafög-Satzes ebenso wie der Zahl der Bafög-Empfänger, die Schaffung von Ausbildungskrediten und die Einführung von Exzellenz-Stipendien die Zunahme der Studentenzahlen. Die Gefahr besteht nun vor allem darin, dass der Abschluss an Bedeutung verliert und die Selektion angesichts steigender Absolventenzahlen andernorts stattfindet.

### **Chancengleichheit von Anfang an?**

Der eigentliche Handlungsbedarf scheint jedoch in einer Lebensphase lange vor der Aufnahme eines Studiums zu liegen. Denn schon in der Schule findet eine Form der sozialen Selektion statt, die einigen Schülern den Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen frühzeitig versperrt. So entscheiden sich viele Kinder aus benachteiligten sozialen Schichten in Deutschland trotz guter Noten nicht für das Gymnasium. Häufig neigen die Lehrer selbst dazu, Schülern aus Arbeiterfamilien eher den Besuch einer Haupt- oder Realschule anzuraten.

Doch auch das Abitur allein stellt längst kein Elitemerkmal mehr dar. Viele Eltern in Deutschland glauben deshalb, ihren Kindern durch eine Privatschule sichere Zukunftschancen eröffnen zu können. Auch wenn dies nur sieben Prozent der Schüler betrifft, so stieg ihre Zahl zwischen 1992 und 2007 von 422 000 auf 591 000 in den alten Bundesländern bzw. von 23 000 auf 84 000 in den neuen. Besonders häufig schicken Eltern ihre Kinder auf Privatschulen, die sich selbst in einer guten sozioökonomischen Situation befinden. Für die Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann ist der Ansturm auf die Privatschulen nicht nur falsch, sondern auch beunruhigend. Falsch, da die Eltern den Wert des Bildungsabschlusses überschätzten und übersähen, dass die soziale Herkunft in Deutschland nach wie vor eine zentrale Rolle für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt spielt. Dies gilt auch für Frankreich, wo trotz der Demokratisierung des Hochschulzugangs seit Ende der 1980er Jahre der relative Vorteil von Kindern, deren Eltern leitende Positionen innehaben, weiter angewachsen ist. Beunruhigend ist diese Entwicklung vor allem deshalb, weil sie die Chancengleichheit der Kinder aller sozialen Schichten infrage stellt. In Frankreich verstärkt in den letzten Jahren die Aufweichung der „carte scolaire“, welche die Wahl der Grund- bzw. Mittelschule vom Wohnort der Familie abhängig machen sollte, zusätzlich die Benachteiligung bestimmter Wohnbezirke. Der Experte für Strukturwandel Martin Kronauer sieht im Engagement der Eltern für den schulischen Erfolg ihrer Kinder einen „Klassenkampf im Klassenzimmer“. Die Schulbildung wird in zunehmendem Maße als grundlegende Voraussetzung für den Erhalt der Mittelschichten betrachtet.

### **Großer Handlungsbedarf in den Schulen**

Für Deutschland wird seit Jahren die Schaffung eines durchlässigeren Bildungssystems gefordert, das „Abstellgleise“ nicht mehr zulässt. In der Vergangenheit sind solche Projekte jedoch häufig am erbitterten Widerstand

der Mittelschicht selbst gescheitert, die im Bereich der Schulen eine Angleichung nach unten befürchtet und ein System erhalten will, das bis heute die soziale Struktur in Deutschland sicherstellt. Dabei sind sich Erziehungswissenschaftler wie beispielsweise Hans Brügelmann sicher, dass eine gemeinsame, inklusive Schule für alle für das Hineinwachsen in eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar ist. Einige Bundesländer haben bereits reagiert. Fortan steht hier dem Gymnasium nur noch eine weitere Schulform gegenüber, an der Schüler ebenfalls das Abitur ablegen können, nach 12 oder auch 13 Jahren.

Ein Blick über den Rhein zeigt jedoch, dass auch ein gemeinsamer Schulbesuch am *Collège* noch keine Chancengleichheit bedeutet. In der Ausgabe 2011 ihres Berichtes „Bildung auf einen Blick“ stellt die OECD fest, dass unter 39 Ländern Frankreich nach Neuseeland das Land ist, in dem die schulische Leistung der 15-Jährigen im Bereich Leseverstehen am stärksten von der sozioökonomischen Herkunft beeinflusst wird. Darüber hinaus haben in Frankreich 38 Prozent der Schüler dieser Altersgruppe mindestens einmal eine Klasse wiederholt – ein Rekord unter vergleichbaren Ländern. Dies verweist darauf, dass Schwierigkeiten, die in der Heterogenität der Lebenssituation der Schüler begründet liegen, trotz einer einheitlichen Schulform Bestand haben.

In Deutschland zeigt sich die Notwendigkeit, die Anstrengungen insbesondere in Vor- und Grundschulen zu verstärken. Der Sprachförderung kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu, insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund, in deren Familien kein Deutsch gesprochen wird. Dies würde auch ihren Zugang zur Sekundarstufe II und zum höheren Bildungswesen verbessern. In Frankreich stellt sich die Frage, inwieweit nicht noch stärker als bisher für die Sekundarstufe I ein eigenständiges pädagogisches Profil entwickelt werden muss, um der genannte Heterogenität besser zu begegnen. Nur so lassen sich Ziele wie die Verringerung der beunruhigend hohen (und stabilen!) Zahl der Schulabbrecher – bzw. Abgänger ohne Abschluss – erreichen. Derartige Maßnahmen wären in beiden Ländern ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Mittelschicht, denn – wie Martin Kronauer zu Recht sagt – in der Bildung liegt der Schlüssel zu ihrem Überleben.

*Norman Hass ist Doktorand im Fachbereich Linguistik und DAAD-Lektor an der Universität Bordeaux. Solène Hazouard ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne contemporaine (CIRAC) an der Universität Cergy-Pontoise. Der Text gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder. Er ist im Rahmen des Projekts „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ entstanden, das von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung gemeinsam organisiert wird.*